

II-10287 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5135/J

1990-03-08

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Probst
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Behinderteneinstellungsgesetz

Die Verpflichtungen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz werden von einzelnen Bundesministerien nach wie vor nicht ganz erfüllt. Die Vorbildwirkung der öffentlichen Ämter ist - abgesehen von den konkreten positiven Auswirkungen für den beschäftigten Behinderten - allgemein von großer Wichtigkeit für die durch das Behinderteneinstellungsgesetz verfolgten Ziele.

Um die Erfüllung der Einstellungsverpflichtung im Bundesministerium für Justiz in Erfahrung zu bringen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie hoch ist derzeit die Pflichtzahl der vom Bundesministerium für Justiz zu beschäftigenden begünstigten Behinderten?
- 2) Wie viele dieser Pflichtstellen sind derzeit nicht mit begünstigten Behinderten besetzt?
- 3) Bei welchen Dienststellen ist die Einstellungsverpflichtung rechnerisch nicht erfüllt?
- 4) Wieviel Ausgleichstaxe wurde vom Bundesministerium für Justiz für das Jahr 1988 bezahlt?
- 5) Wieviele nicht nach dem Behinderteneinstellungsgesetz begünstigte Behinderte werden derzeit beschäftigt?
- 6) Sind Sie gewillt, anstelle der Ausgleichstaxzahlungen die vermehrte Einstellung begünstigter Behinderter zu forcieren?